



## Presseschau vom 16.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### de.rt.com: **Marktgerechte Demokratie? Pfizer, Microsoft und DFL sponserten SPD-Parteitag**

Der SPD Parteitag am Wochenende wurde von zahlreichen bekannten Konzernen und Lobbyverbänden gesponsert – welche nicht zuletzt in der Corona-Krise riesige Profite kassierten. Das wirft natürlich Fragen auf. ...

<https://kurz.rt.com/2r5r>

#### de.rt.com: **Was für ein peinlicher Fehler: Das Europäische Parlament ehrt den falschen Nawalny**

Das Europäische Parlament hat den diesjährigen Sacharow-Preis dem russischen Oppositionellen Alexei Nawalny zugesprochen. Am Mittwoch fand die Preisverleihung statt und endete mit einem Eklat: In der offiziellen Preisurkunde ist der Name des Preisträgers falsch geschrieben. Unser Autor meint, dass, auch von diesem Fehler abgesehen, der Preis einem Nawalny verliehen wurde, den es nicht gibt. ...

<https://kurz.rt.com/2r5u>

*Dmitri Gukow: NYT: US-Sondereinheit wies statt IS unbekümmert Zivilisten als Ziele zu Talon Anvil, eine US-Sondereinheit, die in Syrien im Kampf gegen die Terrormiliz IS die Luftangriffe koordinierte, ließ oft statt angeblicher Terroristen in Wahrheit Zivilisten*

angreifen. Dies führte zu zehnmal so hohen zivilen Opferzahlen wie bei ähnlichen Operationen in Afghanistan, so die NYT. ...

<https://kurz.rt.com/2r62>

### **Simon Watkins: Russlands jüngster Schulterschluss mit Indien schockiert die USA**

Russland hat vergangene Woche ein weiteres Kooperationsabkommen mit Indien im Bereich Energie angekündigt. Die Vereinbarung stellt für die US-Strategie gegen den "Expansionismus" Pekings und Moskaus im Nahen Osten und darüber hinaus eine erhebliche Herausforderung dar. ...

<https://kurz.rt.com/2r5p>

### **de.rt.com: YouTube löscht TV-Konto "RT auf Sendung"**

Nach nur fünf Stunden Sendezeit hat YouTube den neuesten und mit Spannung erwarteten Kanal "RT auf Sendung" gelöscht, der das jüngste Mitglied der RT-Familie auf YouTube war, die rund fünfzig speziell gebrandete Kanäle umfasst. Er wurde von der Gründungsfirma von RT - ANO TV Novosti in Moskau - ins Leben gerufen und von einem neuen Team von Redakteuren produziert. ...

<https://kurz.rt.com/2r6s>

### **de.rt.com: 30 Jahre nach Zusammenbruch der UdSSR: Wie sich Bevölkerung der ehemaligen Unionsstaaten verändert**

Im Jahr 1989 war die UdSSR das drittbevölkerungsreichste Land der Welt, noch vor den USA. Zwischen den Jahren 1979 und 1989 wuchs die Bevölkerung des Landes um 23 Millionen. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion begann sich die Situation in den ehemaligen Republiken allerdings zu verändern. ...

<https://kurz.rt.com/2qyq>

### **abends/nachts:**

#### **snanews.de: Nato-Staaten stocken Waffenlieferungen an Ukraine auf – Russische Außenamtssprecherin**

Die Lage in der Ukraine bleibt nach wie vor besorgniserregend, da die Nato-Länder ihr verstärkt Waffen liefern und dadurch den Bürgerkrieg im Land weiter eskalieren lassen. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat sich dazu bei einem Briefing am Mittwoch geäußert.

„Die Entwicklung der Lage in der Ukraine gibt weiterhin einen Anlass zur Sorge – um es milde auszudrücken. Die Nato-Staaten stocken die Waffenlieferungen an die Ukraine auf, trainieren ihr Militärpersonal, aber sie tun dies nicht, um eine mythische Aufgabe der Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit zu lösen, sondern um Öl ins Feuer zu gießen und dem anhaltenden Bürgerkrieg im Land noch mehr Raum zu geben“, sagte Sacharowa. Ihr zufolge haben die Vereinigten Staaten der Ukraine seit 2014 eine Militärhilfe in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar, davon mehr als 400 Millionen Dollar in diesem Jahr, bereitgestellt. Kürzlich habe Washington der Ukraine 30 Panzerabwehrraketensysteme „Javelin“ und 180 Raketen für sie geliefert. Zudem würden die US-amerikanischen Behörden planen, im Jahr 2022 weitere 300 Millionen Dollar für entsprechende Zwecke auszugeben.

Sacharowa betonte, dass dies „sicherlich keine Bedingungen für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und eine friedliche Lösung des Konflikts schaffen“ würde. Auch würden die humanitären Probleme der Bewohner des Donbass nicht gelöst werden.

„Im Land des siegreichen 'Maidans' (die Unruhen auf dem Kiewer Maidan im Februar 2014 – Anm. d. Red.) sind etwa 10.000 Militärangehörige der Nato-Staaten stationiert – 4000 aus den USA, 6000 aus anderen Staaten des Bündnisses“, fügte sie hinzu.

Die russische Außenamtssprecherin äußerte die Hoffnung, dass die Kuratoren der ukrainischen Behörden Kiew dennoch von der Notwendigkeit der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen würden überzeugen können, da die Eskalation des Konflikts unvorhersehbare Folgen haben könnte.

In der letzten Zeit berichten westliche Medien verstärkt über eine „russische Invasion“ in die Ukraine. Kiew gab zunächst an, keinen Truppenaufbau in der Nähe der ukrainischen Grenzen zu registrieren. Dann aber fingen die ukrainischen Behörden an, zu behaupten, Moskau habe Pläne, das Nachbarland anzugreifen.

Russland hatte diese Vorwürfe wiederholt zurückgewiesen und betont, dass sie hauptsächlich als Vorwand dienen würden, um mehr Streitkräfte und Ausrüstung der Nato an die Grenzen des Landes zu bringen. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte, dass Russland keine aggressiven Pläne hegen und niemanden angreifen würde. Es würde aber seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums und nach eigenem Erachten verlegen. Dies bedrohe ihm zufolge niemanden und sollte niemanden beunruhigen.

Der Außenminister Sergej Lawrow wiederum stellte fest, dass die Zahl der westlichen Ausbilder in der Donbass-Region im Osten der Ukraine zugenommen habe. Dies könnte, so Lawrow, die ukrainischen Behörden „zu militärischen Abenteuern“ provozieren, was eine direkte Bedrohung der Sicherheit Russlands darstellen würde.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/01/46205\\_0:157:3081:1890\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_e5c382085f6f092981b038868c574343.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/01/46205_0:157:3081:1890_1920x0_80_0_0_e5c382085f6f092981b038868c574343.jpg)

### snanews.de: **Jüngerer Bruder von Nordkoreas Staatsgründer Kim Il-sung gestorben**

Kim Yong-ju, ein jüngerer Bruder des nordkoreanischen Staatsgründers Kim Il-sung, ist dieser Tage im Alter von 101 Jahren gestorben, berichtet die nordkoreanische zentrale Nachrichtenagentur KCNA am Mittwoch.

Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un soll am Dienstag einen Kranz geschickt haben, um sein tiefes Beileid über den Tod von Kim Yong-ju auszudrücken. Über die Todesursache und das genaue Todesdatum wurden dabei keine Angaben gemacht.

Kim Yong-ju wurde 1920 geboren und war nach südkoreanischen Angaben acht Jahre jünger als Kim Il-sung. Nach einem Wirtschaftsstudium in Moskau trat er der regierenden Arbeiterpartei Koreas bei. Daraufhin war er der Vertreter Nordkoreas bei Verhandlungen mit dem Süden. Später verlor er allerdings seinen Einfluss und verschwand aus der Öffentlichkeit. 2000 soll er zum letzten Mal bei einer Feier zum 55. Jahrestag der Nordkoreanischen Arbeiterpartei gesehen worden sein.

Kim Il-sung selbst starb 1994 im Alter von 82 Jahren.



[https://cdn1.snaneews.de/img/07e4/0c/0d/137101\\_0:160:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_282e086bbbc87fe0a4bd11fffde18a98.jpg](https://cdn1.snaneews.de/img/07e4/0c/0d/137101_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_282e086bbbc87fe0a4bd11fffde18a98.jpg)

**vormittags:**

### de.rt.com: **Keine Beweise für Auftrag aus Russland – Verteidiger kritisiert Urteil im Tiergartenmord-Prozess**

In einem Interview mit RT hat Robert Unger, Fachanwalt und Strafverteidiger im Prozess um den Tiergartenmord, die Beweisführung kritisiert. Um eine vermeintliche Beteiligung Russlands zu beweisen, habe sich das Gericht auf Indizien aus höchst fragwürdigen Quellen gestützt.

Im aufsehenerregenden Prozess um den sogenannten Tiergartenmord hat ein Gericht den russischen Staatsbürger Wadim Krasikow am Mittwoch für schuldig befunden und zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Krasikow im Sommer 2019 Selimchan Changoschwili, einen Asylbewerber aus Georgien, im Berliner Park Kleiner Tiergarten auf offener Straße erschossen hat. Darüber hinaus stellte das Gericht fest, der Verurteilte sei ein Offizier des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, der für den Auftragsmord mit einer Scheinidentität ausgestattet worden sei. Außerdem sei die Tat "heimtückisch und aus niederen Beweggründen" ausgeführt worden, was eine vorzeitige Entlassung ausschließt.

Für die Version der Bundesanwaltschaft konnte die Verteidigung jedoch keine stichhaltigen Beweise erkennen. Die Version stütze sich auf teils höchst fragwürdige Beweismittel, sagte Verteidiger Robert Unger Journalisten. Dies gelte sowohl für die Identität des Angeklagten als auch für dessen von der Bundesanwaltschaft angenommene Verbindung zum russischen Staat im Range eines Offiziers des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB.

Im Gespräch mit RT DE hat Unger die Position der Verteidigung verdeutlicht und aus seinem Plädoyer im Gerichtssaal zitiert. Quellen, die der Anklage entscheidende Indizien geliefert haben sollen, seien unzuverlässig und voreingenommen. Hierbei handele es sich um Informationen von Bellingcat, um Unterlagen aus der Ukraine und "um einen Zeugen, der sehr widersprüchliche Aussagen vor Gericht gemacht hat", erklärte der Rechtsanwalt. Zudem arbeite Bellingcat gewinnorientiert und mit Zielvorgaben:

"Bellingcat betreibt ein Business-Modell, ein Geschäftsmodell, in dem es darum geht, angebliche russische Verwicklungen in schwere Straftaten aufzuklären. Dafür erhalten sie dann Spenden und Fördergelder. Und aus unserer Sicht ist Bellingcat kein unabhängiger, kein neutraler Journalismus, sondern es gibt ein klares Ziel, es gibt eine vorweggenommene Annahme, die es zu beweisen gilt. Diese Beweismittel sind nicht zuverlässig."

Informationen über eine Beteiligung Russlands seien lediglich Indizien und keinerlei Beweise. Selbst der vorsitzende Richter habe dies bei seiner Urteilsverkündung zugeben

müssen. "Es gibt keinen unmittelbaren Beweis dafür, dass es ein russischer Auftrag war", so Unger. Für eine Urteilsbegründung seien Indizien "in keiner Weise ausreichend". Für die Verteidigung kommen auch andere Beteiligte in Betracht. "Aus meiner Sicht ist es nicht belegt, dass es überhaupt einen Auftrag gab, schon das fehlt, und wenn es einen Auftrag gab, von wem dieser erteilt worden ist", so Unger. Auf die Frage, ob es Beweise gebe, dass Krasikow ein GRU-Agent war, sagte Unger, das Gegenteil sei der Fall: "Ich habe das im Plädoyer lang und breit ausgeführt, dass Russland Herrn Krasikow weltweit zu einer Interpol-Fahndung ausgeschrieben hat. Aus meiner Sicht ist das ein Beleg dafür, dass er offensichtlich kein Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes ist, sonst hätte Russland ihn nicht mit seinem Klarnamen und seinen Personaldaten zur Fahndung ausgeschrieben." Auch das harte Urteil ist nach Ansicht des Rechtsanwalts nicht gerechtfertigt. An den beiden vom Gericht festgestellten Mordmerkmalen der Heimtücke und der niederen Beweggründe gebe es erhebliche Zweifel. Aufgrund dieser Merkmale sei die Schuld des Täters als "besonders schwer" eingestuft worden, was eine Entlassung nach 15 Jahren ausschließe. "Wir, die Verteidigung, sehen das anders. Wir gehen davon aus, dass das kein Mord, sondern ein Totschlag war", so Unger.

Selimchan Changoschwili, der getötete 40-jährige Georgier tschetschenischer Abstammung, wurde in Russland wegen Beteiligung an mehreren tödlichen Attentaten im Zweiten Tschetschenienkrieg Anfang der 2000er-Jahre zum Terroristen erklärt. Changoschwili soll außerdem mit mehreren Geheimdiensten in Verbindung gestanden haben. Seit Ende 2016 hielt er sich als Asylbewerber in Deutschland auf. Ein Auslieferungsgesuch aus Russland lehnten die deutschen Behörden ab.

Am 23. August 2019 wurde Changoschwili von Krasikow aus nächster Nähe mit mehreren Schüssen aus einer Schalldämpferpistole getötet. Das Opfer verstarb noch am Tatort.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b9ca83b480cc02874a964d.jpg>

**Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 15. Dezember 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.**

**de.rt.com: Xi stärkt Putin in Ukraine-Frage den Rücken**

Während eines virtuellen Treffens zwischen dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin unterstützte Xi die Forderungen Russlands, dass die NATO nicht in die Ukraine expandieren oder Truppen und Waffen dort stationieren soll.

Bei einem virtuellen Treffen am Mittwoch zwischen dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping

und seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin, unterstützte Xi die Position Putins im Konflikt mit der NATO. Nach Angaben von Putins außenpolitischem Berater Juri Uschakow erörterten die russische und die chinesische Führung "die zunehmende Bedrohung der nationalen Interessen Russlands durch die USA und den NATO-Block, die ihre militärische Infrastruktur immer näher an die russischen Grenzen verlegen."

Putin habe Xi auf die Notwendigkeit hingewiesen, mit der NATO und den USA über Sicherheitsgarantien zu verhandeln, so Uschakow weiter. Der chinesische Präsident habe erklärt, dass er "die Bedenken Russlands verstehe und unsere Initiative zur Ausarbeitung dieser Sicherheitsgarantien für Russland voll und ganz unterstütze", so der Berater weiter. Wie die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete, betonte Xi, dass Moskau und Peking ihre Sicherheitsinteressen "schützen" müssten. Gegenwärtig mischten sich bestimmte internationale Kräfte unter dem Deckmantel der "Demokratie" und der "Menschenrechte" in die inneren Angelegenheiten Chinas und Russlands ein und träten "das Völkerrecht und die anerkannten Normen der internationalen Beziehungen brutal mit Füßen", so Xi laut Xinhua.

Laut Putin habe sich zwischen den beiden Ländern ein neues Modell der Zusammenarbeit herausgebildet, das unter anderem auf Grundsätzen wie der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und der Achtung der Interessen des jeweils anderen beruhe. Der russische Präsident erklärte auch, dass er Xi im Februar 2022 in Peking persönlich treffen und an den Olympischen Winterspielen im nächsten Jahr teilnehmen wolle.

Die USA, Kanada, Australien und Großbritannien hatten erklärt, dass sie im Rahmen eines diplomatischen Boykotts keine Würdenträger zu den Olympischen Winterspielen entsenden werden. Andere Länder haben darüber hinaus mitgeteilt, dass sie aufgrund von Pandemie-Reisebeschränkungen keine Repräsentanten entsenden werden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61baf99248fbef3ec91d4dfe.jpg>

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 15. Dezember 3:00 Uhr bis 16. Dezember 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:  
*Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).*

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften:

**Staromichajlowka, Leninskoje.**

Die Versuche der DVR im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere

Anfragen gab es unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 18.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Angebliche russische Präsenz in Afrika: Diplomatin weist Vorwürfe zurück**

Die stellvertretende russische UN-Botschafterin Anna Jewstignejewa hat in ihrer Rede im UN-Sicherheitsrat eine koordinierte Informationskampagne westlicher Länder gegen Moskau angeprangert. Sie weist die Vorwürfe wegen einer angeblichen militärischen Präsenz Russlands in Afrika zurück.

Zuvor hatte der stellvertretende UN-Botschafter Großbritanniens James Roscow sein Bedauern „im Zusammenhang mit den Berichten“ geäußert, „laut denen die russische Gruppe ‚Wagner‘ (privates russisches Militär- und Sicherheitsunternehmen – Anm. d. Red.) weiterhin die Menschenrechte in der Zentralafrikanischen Republik schmälere“. „Wagner“ stachle einen Konflikt an und ziehe im eigenen Interesse einen Vorteil aus der Instabilität, behauptete der Diplomat.

Ihm zufolge schlage die Gruppe keine langfristigen Sicherheitsmaßnahmen in der Zentralafrikanischen Republik oder woanders in Afrika vor und untergrabe die Tätigkeit internationaler Friedenstruppen.

Auch Vertreter von Frankreich und Estland sind mit ähnlichen Erklärungen aufgetreten. „Was die von etlichen Ländern erhobenen Anschuldigungen gegen Russland betrifft, so enthalten diese Fehlinformationen nichts Neues. Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass alle Länder, die ihre Erklärungen dazu gemacht haben, und jene Länder, die höchstwahrscheinlich dieses Thema nach meiner Rede ansprechen werden, eine traurige Geschichte der Destabilisierung von Ländern – und nicht nur in Afrika – sowie von Massenverbrechen gegen ganze Völker hinter sich haben“, so Jewstignejewa.

#### **Informationskampagne und Doppelmoral**

Das Verhalten der Staaten, die diese Stellung bezogen hätten, „ist auch heute nicht tadellos im Bereich der Menschenrechte“. „Infolge ihrer militärischen Einmischung sterben oft zahlreiche Zivilisten.“ Medienberichte darüber tauchten immer häufiger auf. „Daher können wir die Erklärungen dieser Kollegen im (Sicherheits-)Rat in Bezug auf die Zentralafrikanische Republik nichts anders als eine heuchlerische, neiderfüllte und koordinierte Informationskampagne betrachten“, fügte die Diplomatin hinzu.

Der Hauptfaktor der Instabilität in der Zentralafrikanischen Republik seien die Aktivitäten illegaler bewaffneter Gruppierungen und die Zentralafrikanische Republik habe ebenso wie andere Länder das souveräne Vollrecht, Partner für den Kampf gegen Herausforderungen im Sicherheitsbereich zu wählen, betonte die Diplomatin.

Am vergangenen Montag ist die sogenannte „Gruppe Wagner“ neben weiteren drei russischen Unternehmen in neue EU-Sanktionslisten aufgenommen worden. Das Ziel soll es sein, „die subversive Tätigkeit der ‚Gruppe Wagner‘ einzuschränken“, die als „eine private militärische Struktur mit Sitz in Russland“ bezeichnet wird. Sie besitze keinen rechtlichen Status und sei „für schwere Verstöße gegen die Menschenrechte in der Ukraine, in Syrien, Libyen, in der Zentralafrikanischen Republik, im Sudan und in Mosambik verantwortlich“, wird behauptet. Moskau hat wiederholt die Behauptungen über eine militärische Präsenz Russlands in afrikanischen Ländern zurückgewiesen.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/10/4705406\\_0:160:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_a50daa0dd6e35819b82611f246b90635.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/10/4705406_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_a50daa0dd6e35819b82611f246b90635.jpg)

### snanews.de: **Spannungen wegen Taiwan: Litauens Diplomaten verlassen China**

Litauens diplomatische Delegation in China hat das Land am Mittwoch hastig verlassen. Grund dafür sind die sich verschlechternden Beziehungen mit der Volksrepublik wegen Taiwan, da letzteres im November eine De-facto-Botschaft in Vilnius eröffnete. Das teilte Reuters unter Berufung auf diplomatische Quellen am Dienstag mit.

Die litauischen Behörden sagten am Mittwoch, sie hätten ihren Top-Diplomaten aus China zu „Beratungen“ abberufen, und die Botschaft werde vorerst aus der Ferne operieren. Die Mitteilung ist eine Reaktion auf die Herabstufung der diplomatischen Beziehung Pekings im November, nachdem Litauen es zugelassen hatte, dass Taiwan eine Botschaft in der Hauptstadt des baltischen Staates eröffnete.

#### **Leeres Büro und „Einschüchterungen“**

Am Mittwoch stand das litauische Büro auf dem umzäunten Gelände in der chinesischen Hauptstadt bereits leer. Keiner reagierte auf ein Klopfen an der Tür oder einen Anruf. Ein einen Tag zuvor aufgenommenes Foto hatte zwei Blumensträuße vor der Tür gezeigt. Eine diplomatische Quelle teilte Reuters mit, dass eine Gruppe aus 19 Personen, bestehend aus dem Botschaftspersonal und seinen Angehörigen, Peking verlasse und sich auf den Weg nach Paris gemacht habe. Eine andere mit der Situation vertraute Quelle nannte ihre Abreise als Reaktion auf die „Einschüchterung“.

Im Gespräch mit Journalisten in Vilnius sagte der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis, es habe Unsicherheit über den Rechtsstatus ihrer Diplomaten in China vor ihrer Abreise gegeben.

#### **Litauische Unterstützung für „Freiheitskämpfer“**

Als Reaktion auf die Eröffnung des Taipei-Büros in Vilnius hatte China seine Absicht erklärt, die Beziehungen mit Vilnius auf das Niveau „charge d'affaires“ (ohne Botschafter in der Vertretung, Anm. d. Red.) herabzustufen.

Laut Landsbergis habe China von der Regierung in Vilnius verlangt, den Status der litauischen Botschaft in Peking zu ändern und sie in ein Büro mit geringeren Zuständigkeiten umzuwandeln – so wie China es mit seiner Botschaft in Litauen tat.

Taiwans Außenministerium sprach am Mittwoch seinen „höchsten Respekt vor der litauischen Regierung und ihrer diplomatischen Entscheidungsfindung“ aus und forderte taiwanische Unternehmen dazu auf, engere wirtschaftliche Beziehungen zur kleinen baltischen Republik zu unterstützen. Litauens Regierungskoalition hatte sich schon vor einem Jahr bereit erklärt, die „Freiheitskämpfer“ in Taiwan zu unterstützen.

Das litauische Außenministerium hatte gesagt, es sei bereit, den Dialog mit China fortzusetzen und die Funktionen der Botschaft wiederherzustellen, sobald eine für die beiden Seiten vorteilhafte Einigung erzielt worden ist.

Litauen hatte seinen Botschafter im September abberufen, mehrere Wochen nachdem China den Rückzug seines Gesandten gefordert hatte.

China ist für seine sensible Reaktion bekannt, scharf gegen jegliche diplomatische Versuche vorzugehen, die die „Ein-China-Politik“ in Frage stellen. Zuvor musste der US-amerikanische Präsident Joe Biden seine Aussagen über die mögliche Unterstützung von Taiwan widerrufen und betonen, dass die USA die Unabhängigkeit Taiwans nicht unterstützen würden. Die Vereinigten Staaten sprachen sich während des Streits mit China allerdings zugunsten Litauens aus, was zur Stärkung der Spannungen zwischen den USA und China beitrug.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/10/4706785\\_0:0:3072:1728\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_992d332645a83a8595bdfc61bd3f126f.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/10/4706785_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_992d332645a83a8595bdfc61bd3f126f.jpg)

**Lug-info.com:** In der LVR sind am 16. Dezember um 9:00 Uhr 21.160 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 480 Personen sind derzeit erkrankt, 17.661 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3019 Todesfälle.

#### **de.rt.com: Kreml enthüllt Pläne für unabhängige Finanztransaktionssysteme zwischen China und Russland**

Peking und Moskau wollen den US-Dollar weiter aus dem internationalen Handel verdrängen. Angesichts der Drohungen westlicher Nationen, Russland vom Zahlungssystem SWIFT auszuschließen, einigten sich beide Staaten auf die gemeinsame Entwicklung unabhängiger Zahlungssysteme.

Russland und China werden gemeinsame Finanzstrukturen entwickeln, um ihre wirtschaftliche Beziehung auf eine Weise zu vertiefen, die von ausländischen Staaten nicht beeinflusst werden kann. Dies hat der Kreml nach Gesprächen zwischen den Staatschefs der beiden Länder angekündigt.

Der Schritt scheint eine Reaktion auf eine Reihe von Warnungen und Drohungen zu sein, dass westliche Staaten darauf drängen könnten, Russland im Rahmen von Sanktionen vom Brüsseler Finanzsystem SWIFT abzukoppeln. Über die Swift-Plattform wird die überwiegende Mehrheit der internationalen finanziellen Transaktionen abgewickelt.

Während der Gespräche am Mittwoch riefen der russische Präsident Wladimir Putin und sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping dazu auf, den Anteil der nationalen Währungen an den gegenseitigen Abrechnungen zu erhöhen und die Zusammenarbeit auszubauen. Dies soll zudem Investoren aus Russland und China den Zugang zu den jeweiligen Aktienmärkten

ermöglichen, erklärte Putins außenpolitischer Berater Juri Uschakow.

Uschakow wies darauf hin, dass "besonderes Augenmerk auf die Notwendigkeit gelegt wurde, die Bemühungen um den Aufbau einer unabhängigen Finanzinfrastruktur für den Handel zwischen Russland und China zu intensivieren". Er fügte hinzu:

"Wir meinen damit die Schaffung einer Infrastruktur, die nicht von Drittländern beeinflusst werden kann."

Es heißt, dass sowohl Russland als auch China zunehmend bestrebt sind, den US-Dollar als Hauptwährung im internationalen Handel abzuschaffen und stattdessen eigene Währungen zum Einsatz zu bringen, um das boomende Handelsvolumen zwischen Moskau und Peking zu stützen.

Vergangene Woche erklärte die US-Unterstaatssekretärin Victoria Nuland, dass das Weiße Haus zusammen mit einer Reihe westeuropäischer Staaten darüber berate, Moskau vollständig vom globalen Finanzsystem zu isolieren, falls russische Truppen es wagen sollten, in die Ukraine einzumarschieren.

Erst am Vortag hatte Bloomberg angedeutet, dass Washington die großen Banken des Landes ins Visier nehmen und Moskau sogar vom SWIFT-Netzwerk abkoppeln könnte.

Ende November beschuldigte der Chef des staatlichen russischen Ölkonzerns Rosneft Igor Setschin Washington, den US-Dollar zu manipulieren, um seine eigenen Interessen zu fördern. Er erklärte, die Währung verliere aufgrund der Politik der quantitativen Lockerung der US-Notenbank – die im Grunde die Weltwirtschaft mit einem Überangebot an Geld überschwemmt – an Attraktivität.

Zu Beginn dieses Jahres erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow, dass Peking und Washington "von der Verwendung westlich kontrollierter internationaler Zahlungssysteme abrücken müssen". Der Spitzendiplomat warf den USA außerdem vor, die technologischen Entwicklungsmöglichkeiten sowohl der Russischen Föderation als auch der Volksrepublik China einschränken zu wollen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bafafe48fbef3d2e230f47.jpg>

Mzdnr.ru: Am 15. Dezember wurden in der DVR 1098 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 242 positiv, bei 151 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 70 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 6 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 57 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1143 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 754 mit Sauerstoffunterstützung (+24 in den letzten 24 Stunden).

Am 16. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 115.615 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3460 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 103.314 als gesund

entlassen, es gibt 8841 Todesfälle.

### snanews.de: **Deutschland: Gasspeicher vor Winterbeginn auf historisch niedrigem Stand – Betreiberverband**

Die Gasspeicher in Deutschland sind zu weniger als 60 Prozent gefüllt, was laut dem Verband der Untertage-Gasspeicherbetreiber einem „historisch niedrigen Stand“ im Vergleich zu den Vorjahren entspricht. Darüber berichtet die Zeitung „Handelsblatt“ am Donnerstag.

Mit einem Füllstand von derzeit rund 59 Prozent bewege man sich gegenüber den Vorjahren auf einem „historisch niedrigen Stand“, sagte der Geschäftsführer der Initiative Energien Speichern (INES), Sebastian Bleschke, der Zeitung am Donnerstag. Nach seinen Worten ist im Moment eine starke Inanspruchnahme der Speicher zu beobachten, wobei es deutlich mehr aus- als eingespeichert werde.

„Da der eigentliche Winter noch bevorsteht, sollte mit den vergleichsweise niedrigen Speicherreserven sicherlich sorgsam umgegangen werden. Wenn die Ausspeicherung so fortschreitet wie im Moment, wird der Speicherstand im Februar sehr niedrig sein“, so Bleschke.

#### **Sonderausschreibung als Gegenmittel**

Da es im Gasmarkt im Gegenteil zum Ölmarkt keine staatlich vorgeschriebene Bevorratung gibt, will die Trading Hub Europe GmbH nun einen möglichen Engpass im Februar mit einer Sonderausschreibung für die Beschaffung von Erdgas abwenden. Es bleibe jedoch unklar, ob sich Bieter finden würden, die bereit seien, eine Lieferverpflichtung für Februar einzugehen, so die Zeitung.

Wegen der aktuellen Marktlage bezeichnete Bleschke die Beschaffung als „sicher herausfordernd“. Das Bundeswirtschaftsministerium nannte die Sonderausschreibung einen „üblichen Vorgang“.

#### **EU-Kommission will langfristige Gasverträge ausschließen**

Die EU-Kommission hatte am Mittwoch eine Reihe von Gesetzesvorschlägen zur Dekarbonisierung des Gasmarktes vorgelegt, darunter auch Maßnahmen für Verhinderung zukünftiger Gasversorgungskrisen. Demnach sollen die Mitgliedstaaten die Füllung ihrer Gasspeicher zukünftig miteinander koordinieren und zusätzlich die Möglichkeit haben, auf freiwilliger Basis gemeinsame Gasreserven anzulegen.

Auch langfristige Gasverträge will die Kommission laut den Vorschlägen einschränken. Diese sollen nicht über 2049 hinaus verlängert werden können. Die Maßnahme wird damit argumentiert, dass die EU im Jahr 2050 klimaneutral sein will, und deshalb aus allen fossilen Energieträgern aussteigen müsse, inklusive Gas.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/10/4707330\\_0:0:2993:1683\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_9f27a048310b2d3d4bc4b23eb32eac57.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/10/4707330_0:0:2993:1683_1920x0_80_0_0_9f27a048310b2d3d4bc4b23eb32eac57.jpg)

**nachmittags:**

snanews.de: **Wohl keine Inbetriebnahme von Nord Stream 2 im ersten Halbjahr 2022 – Bundesnetzagentur**

Die Inbetriebnahme der umstrittenen Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 wird voraussichtlich nicht im ersten Halbjahr 2022 möglich sein, wie der Präsident der Bonner Bundesnetzagentur, Jochen Homann, am Donnerstag gegenüber Reuters sagte.

„Entscheidungen wird es nicht im ersten Halbjahr geben“, erläuterte er mit Blick auf die nötige Zulassung der Pipeline. Die Nord Stream AG habe die von der Netzagentur verlangte Neugründung einer deutschen Tochter eingeleitet.

„Das hat sie angekündigt und wir haben den Zertifizierungsprozess unterbrochen.“ Dieser werde fortgesetzt, wenn die entsprechenden Unterlagen bei der Behörde so eingereicht seien, dass sie prüffähig seien.

„Das haben wir nicht in der Hand“, sagte Homann. „In dem Moment, an dem die Unterlagen bei uns eingehen, beginnt die Prüffrist wieder zu laufen.“

Danach gehe das Ganze an die Europäische Kommission, die auch noch einmal viel Zeit habe, sich mit Nord Stream 2 zu befassen. Entscheidungen werde es daher nicht in den ersten sechs Monaten des kommenden Jahres geben.

Die Bundesnetzagentur hatte im November mitgeteilt, ihr Freigabeverfahren für die Doppelröhre zwischen Russland und Deutschland vorläufig ausgesetzt zu haben. Ohne eine Zertifizierung darf kein Gas durch die Pipeline gen Deutschland strömen.

Die Bundesnetzagentur sei zu dem Ergebnis gelangt, dass eine Zertifizierung eines Betreibers nur dann in Betracht komme, wenn dieser in einer Rechtsform nach deutschem Recht organisiert sei, begründete sie ihre Entscheidung. Die Betreibergesellschaft mit Sitz in der Schweiz muss nun eine Gesellschaft in der Bundesrepublik gründen. Schließt der Regulierer sein Verfahren ab, soll das Ergebnis der EU-Kommission zur Stellungnahme vorgelegt werden.

### **Nord Stream 2**

Der russische Konzern Gazprom hatte Mitte September die Fertigstellung der Gasleitung Nord Stream 2 von Russland nach Deutschland bekannt gegeben. Anfang Oktober wurde verkündet, dass der erste Strang der Pipeline bereits mit Gas befüllt worden sei.

Es ist vor allem Kiew, das aus Angst vor Einnahmeverlusten bei dem russischen Gastransit durch sein Territorium entschieden gegen die Pipeline auftritt. Auch die USA, die ihr Flüssigerdgas (LNG) in der Europäischen Union abzusetzen versuchen, weisen das Projekt zurück. Viele westliche Staaten werfen Russland unter anderem vor, Nord Stream 2 als „Erpressungsinstrument“ benutzen und Europa von seinem Gas abhängig machen zu wollen. Moskau hat bereits mehrmals betont, dass Nord Stream 2 ein kommerzielles Projekt darstelle, das sowohl für Russland als auch für die EU Vorteile habe und nicht politisiert werden sollte.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/04/3823654\\_0:160:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_fddfbfc01175f053cf424b374a1d74e8.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/04/3823654_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_fddfbfc01175f053cf424b374a1d74e8.jpg)

deu.belta.by: **Lukaschenko: Wir müssen ein neues Belarus wiederaufbauen**

Präsident Alexander Lukaschenko hat heute eine Besprechung zu den Anti-Sanktionsmaßnahmen einberufen und von der Staatsverwaltung Zusammenhalt und Pflichttreue gefordert.

„Zusammenhalt und Pflichttreue – das fordere ich von den Verwaltungsbehörden heute. Das ist notwendig wie nie zuvor“, sagte Alexander Lukaschenko. Er wandte sich an die Regierung: „Schaffen Sie erst einmal Klarheit darüber, wer heute die leitenden Posten innehat, denn es gibt viele Führungskräfte, die eine staatsfeindliche Position vertreten. Auch in Minsk, was mich sehr überrascht. Besonders in der Medizin“, empörte sich der Staatschef. Niemand habe verboten, eine eigene Meinung zu haben. Das sei eine Selbstverständlichkeit, so Lukaschenko. „Aber wer hohe Ämter innehat, muss in gewissen Grenzen handeln. Wer absolut unabhängig sein und zu Sanktionen aufrufen will, wer gegen die Staatsmacht einen Krieg führen will, der möge bitte nach Litauen und Polen gehen. Dort gibt es noch freie Plätze. Dort gelten unsere Gesetze nicht, nach denen der Aufruf zu Sanktionen mit 6 bis 8 Jahren Gefängnisstrafe geahndet wird.“

„Wer an der Spitze eines Kollektivs, einer Organisation oder eines staatlichen bzw. privaten Unternehmens steht, ist ein Staatsfunktionär. Er soll wissen, wo er sich befindet und was seine Aufgaben sind. Sonst werden wir ihn für einen Verräter halten“, sagte Alexander Lukaschenko.

Gleichzeitig warnte das Staatsoberhaupt vor Verwerfungen und „Repressalien der 1930-er Jahre.“ Seiner Meinung nach wäre es eine Übertreibung, Menschen zu bestrafen oder gar zu verhaften, wenn sie im Rahmen der Wahlkampagne ihre Unterschrift für alternative Kandidaten gegeben haben. Viele von denen, die im Vorjahr einer Meinung waren, hätten sich verändert und sind heute anderer Meinung. Die jüngsten Studien beweisen das .

Personen, die heute in den Führungsetagen sitzen, sollen nur in dem Falle zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie explizit gegen das Gesetz verstoßen und andere Menschen dazu aufgewiegelt haben. Jeder einzelne Fall soll aber aufs Genaueste überprüft werden. „Wenn unschuldige Köpfe rollen, werden wir als Barbaren gebrandmarkt“, sagte er.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2021/000019\\_1639651420\\_59245\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1639651420_59245_big.jpg)

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 16.12.2021**  
**In den letzten 24 Stunden** wurden **zwei Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 54. Brigade von den Positionen im Gebiet von Perwomajskoje aus **Staromichajlowka** mit 82mm-Mörsergeschosse und Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus acht Mörsergeschosse mit 120mm-Mörsern auf **Leninskoje** abgefeuert.

**Seit Beginn des heutigen Tages** haben Kämpfer der 56. Brigade von den Positionen im Gebiet von Peski aus sechs Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf **Wesjoloje** abgefeuert. Informationen über Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer 17 Stück **Militärtechnik in sechs von der Ukraine kontrollierten Ortschaften stationiert:** aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade sieben T-72-Panzer in der Nähe von Donskoje, zwei Abwehrgeschütze „Strela-10“ und ein Abwehrgeschütz „Tunguska“ in einem Wohngebiet von Andrejwka, aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade zwei T-72-Panzer in der Nähe von Chersones und Kljutschewoje, drei Schützenpanzer in der Nähe von Lebedinskoje und zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Sopino.

Um die Erfassung der Stationierung von verbotenen Waffen der 95. Luftsturmbrigade, der 54. mechanisierten Brigade und der 36. Marineinfanteriebrigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, hat der Gegner Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebieten von Kurdjumowka, Majorsk, Beresowoje, Talakowka, Wodjanoje und Schirokino zu blockieren.

Nach uns vorliegenden Informationen ist im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons der 95. Luftsturmbrigade **bei Dsershinsk eine Gruppe von Journalisten** unter Führung des Korrespondenten Andrejew eingetroffen, der, **um exklusive Bilder von Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung zu erhalten**, mit Kämpfern eine kriminelle Absprache traf und ihnen versprach, humanitäre Hilfe von Freiwilligen zu liefern. **Im Zusammenhang damit erwarten wir Provokationen** in dem genannten Abschnitt.

Nach Angaben unserer Aufklärung haben es die Militärkommissariate der Oblast Nikolajew wegen des Fehlens von Personen, die Dienst in der OOS-Zone tun wollen, nicht geschafft,

den **Personalmangel** der 36. Marineinfanteriebrigade durch die Einberufung von Bürgern zu beseitigen, im Zusammenhang damit wurde sie mit aktiven Soldaten der 40. Artilleriebrigade ausgestattet. Die zwangsweise Versetzung der Soldaten führte dazu, dass die Personalausstattung der 40. Artilleriebrigade auf weniger als 40 Prozent fiel, in der 36. Marineinfanteriebrigade in der OOS-Zone befinden sich 237 ehemalige Artilleristen, die nicht entsprechend den Anforderungen für den Dienst in Marineinfanterieeinheiten ausgebildet sind.

Wegen der **zunehmenden Fälle, dass Personal der 54. Brigade auf eigene Minensperren gerät**, hat der Brigadekommandeur Majstrenko entschieden, die Verantwortung für das Unwissen seiner Untergebenen bezüglich der Minenlage abzuschieben, indem er ihnen Informationen über Verminungsabschnitte zur Unterschrift vorlegte. Jetzt wird im Fall, dass ein Kämpfer der 54. Brigade auf eine Mine gerät, die gesamte Verantwortung auf diesem liegen und es werden keinerlei Kompensationszahlungen für Verletzte und die Familien Getöteter erfolgen.

Wir erhalten weiter Informationen über **nicht kampfbedingte Verluste der bewaffneten Formationen der Ukraine** in der OOS-Zone.

Am 12. Dezember entstand am Checkpoint im Gebiet von Satschatowka ein Konflikt zwischen Kämpfern der 21. Brigade für öffentliche Ordnung der Nationalgarde, die eine Verladestation bewachten, und der 93. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die zum Verladen von Technik auf den Bahnsteigen eingetroffen waren. Infolge eines Gefechts wurden zwei Kämpfer der 93. Brigade verletzt. Nach Angaben unserer Aufklärung versuchten die ukrainischen Strafsoldaten, nicht erfasste Waffen und Munition über den Checkpoint zu bringen.

#### de.rt.com: **USA stationieren F-15-Kampffjets in Rumänien – für Patrouillen an der Grenze zu Russland**

Während die Spannungen zwischen Moskau und Washington weiter zunehmen, hat Washington Kampffjets nach Rumänien geschickt, um dort am Himmel nahe der russischen Grenzen zu patrouillieren. In Washington, D.C. beharrt man offenbar darauf, dass Russland in die Ukraine einmarschieren will.

Washington hat Kampffjets nach Rumänien entsandt, um im Rahmen einer NATO-Mission zur Abschreckung Moskaus in der Schwarzmeerregion und rund um die Ukraine am Himmel nahe der russischen Grenzen zu patrouillieren.

Kampffjets vom Typ F-15E Strike Eagle der 336. Kampffliegerstaffel sind am Mittwoch auf dem Militärflugplatz Baza Aeriañă 71 Câmpia Turzii in Zentralrumänien gelandet. Sie werden zusammen mit rumänischen Kampfflugzeugen und italienischen Eurofightern Typhoon von einem Luftwaffenstützpunkt in der Nähe der rumänischen Schwarzmeerküste aus am Himmel patrouillieren, teilte die NATO mit.

Die Ankunft der US-amerikanischen Kampfflieger trage zur "Abschreckung in der Region" bei, sagte US-Brigadegeneral Joel Carey, der stellvertretende Stabschef des Alliierten Luftwaffen-Kommandos:

"Die Fähigkeit, Luftstreitkräfte der Alliierten zur Unterstützung der NATO schnell zu verlegen, ist für unsere Einsatzbereitschaft von entscheidender Bedeutung und zeigt die Beweglichkeit der Streitkräfte."

Im Jahr 2014 hatte die NATO ihre Überwachungsflüge und Luftpatrouillen in der Nähe der russischen Westgrenzen im Rahmen der so genannten "verstärkten Luftraumüberwachung" bereits intensiviert.

Die NATO und Russland verfolgen seit jeher Militärflüge der jeweils anderen Seite genau und haben sich öfter bereits gegenseitig gefährliche Manöver vorgeworfen. Die staatliche russische Zivilluftfahrtbehörde teilte in diesem Monat mit, dass ein russisches Passagierflugzeug über dem Schwarzen Meer aufgrund eines in der Nähe fliegenden und auf

Anfragen und Warnungen nicht reagierenden NATO-Spionageflugzeugs gezwungen war, abrupt die Flughöhe zu ändern, um einer drohenden Kollision noch auszuweichen. Die Spannungen zwischen Russland und der NATO haben sich in den letzten Wochen erhöht, da westliche Regierungen und Medien permanent behaupten, Russland würde Truppen und militärische Ausrüstung mit der Absicht einer Invasion in der Ukraine verlegen. Während eines Treffens mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij am Donnerstag sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass "jede weitere Aggression gegen die Ukraine schwerwiegende Folgen haben wird".

Russland hat wiederholt alle Behauptungen zurückgewiesen, dass es einen Angriff auf sein Nachbarland plane. Der russische Präsident Wladimir Putin sagte, Moskau wolle vielmehr von der Gegenseite eine Zusicherung, dass die NATO ihre militärische Infrastruktur nicht immer näher an die Grenzen Russlands verlegen wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bb3c3548fbef3ec91d4e48.jpg>

#### deu.belta.by: **Umfrage: Belarus vertraut dem Präsidenten**

Mehr als 72% der Bevölkerung vertrauen dem Präsidenten. Das geht aus der umfassenden soziologischen Untersuchung „Belarus: Zukunftsansichten“ des Analytischen Zentrums EcooM hervor.

Wie der EcooM-Leiter Sergej Mussijenko vor Journalisten sagte, vertrauen dem belarussischen Präsidenten heute 72,3 Prozent der Bevölkerung. Diese Zahl summiert sich aus den Antworten „vertraue“ und „eher vertraue.“

Im Rahmen einer umfassenden soziologischen Studie zum Auftakt des Verfassungsreferendums hat das Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften zusammen mit dem Analytischen Zentrum EcooM vom 15. November bis zum 4. Dezember 2021 eine Untersuchung zum Thema „Belarus: Zukunftsansichten“ durchgeführt. Daran nahmen 10 217 Menschen teil. Sie wurden nach dem Hauptkriterium ausgewählt – erwerbstätige Bevölkerung. Weitere Kriterien waren Wohnort, Alter und Geschlecht. Befragt wurden Menschen in allen Gebieten des Landes, Mitarbeiter von 350 Organisationen und Unternehmen.

Die Mehrheit hat an der Umfrage mit großem Interesse teilgenommen. Viele hielten das für eine gute Möglichkeit, ihre Meinung über das aktuelle Geschehen, über die Probleme und die Zukunft des Landes zum Ausdruck zu bringen. Es wurde der Wunsch geäußert, solche Umfragen öfter durchzuführen.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2021/000022\\_1639657799\\_59247\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1639657799_59247_big.jpg)

### snanews.de: **Regierung Merkel genehmigte kurz vor Schluss heikle Rüstungsexporte**

Kurz vor dem Regierungswechsel hat die alte Bundesregierung zwei heikle Rüstungsexporte nach Ägypten genehmigt. Wahrscheinlich war das Kabinett Merkel zu dem Zeitpunkt nur noch geschäftsführend im Amt. Ägypten steht wegen Menschenrechtsverletzungen und der Verwicklung in die Konflikte im Jemen und in Libyen in der Kritik.

Die alte Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel hat kurz vor dem Regierungswechsel noch zwei heikle Rüstungsexporte nach Ägypten genehmigt. Das geht aus einem Schreiben des damaligen Wirtschaftsministers Peter Altmaier (CDU) an Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) hervor, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Zuerst hatte der „Spiegel“ darüber berichtet.

#### **Schreiben datiert vom Tag der Amtsübergabe**

Das Schreiben datiert vom 7. Dezember, dem Tag vor der Vereidigung des neuen Kabinetts und der Amtsübergabe von Merkel an Olaf Scholz (SPD) im Kanzleramt.

Altmaier informiert in dem Schreiben über insgesamt drei Waffenausfuhren, die der Bundessicherheitsrat genehmigt habe:

- Thyssenkrupp Marine Systems darf drei Fregatten vom Typ MEKO A-200 EN an Ägypten liefern.
- Dem baden-württembergischen Unternehmen Diehl Defence wurde die Lieferung von 16 Luftverteidigungssystemen vom Typ IRIS-T SLS/SLX nach Ägypten genehmigt.
- Außerdem darf ThyssenKrupp Marine Systems ein U-Boot vom Typ 218 SG nach Singapur exportieren.

#### **Ägypten bei Rüstungsexporten auf Platz Zwei**

Schon im vergangenen Jahr hatte für viel Kritik gesorgt, dass Ägypten mit Ausfuhren im Wert von 763,8 Millionen Euro auf Nummer 2 der Rüstungsexportrangliste lag. Das mit harter Hand regierte Land steht wegen Menschenrechtsverletzungen und der Verwicklung in die Konflikte im Jemen und in Libyen in der Kritik.

Der Bundessicherheitsrat ist ein Kabinettsausschuss, dem der Kanzler oder die Kanzlerin sowie sieben Minister angehören. Dazu gehört auch der Finanzminister. In der alten Regierung war das Olaf Scholz, der heutige Bundeskanzler.

Die Bundesregierung ist verpflichtet, den Bundestag zeitnah über Exportgenehmigungen des Bundessicherheitsrats zu informieren. Es ist deswegen davon auszugehen, dass die Regierung Merkel zum Zeitpunkt der Entscheidung des Bundessicherheitsrats über die heiklen Exporte nur noch geschäftsführend im Amt war. Das war seit Ende Oktober der Fall.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/02/09/846396\\_0:82:1920:1162\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_9dca0ac07f568dc0b26872e7d9ed1c9a.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/02/09/846396_0:82:1920:1162_1920x0_80_0_0_9dca0ac07f568dc0b26872e7d9ed1c9a.jpg)

### snnews.de: **Moskau unterbreitet Washington Vorschläge zu Sicherheitsgarantien – russische Außenamtssprecherin**

Das russische Außenministerium betrachtet die dem US-Außenministerium unterbreiteten Vorschläge zu Sicherheitsgarantien als einen Schritt zur Aufnahme eines sachlichen Dialogs. Darauf verwies die Sprecherin des russischen Außenamtes, Maria Sacharowa, in einer Live-Sendung auf dem YouTube-Kanal „Solowjow Live“.

„(Vizeaußenminister Sergej) Rjabkow hat der US-amerikanischen Seite unsere Vorschläge übermittelt, die mit Fragen der Sicherheit verbunden sind. Sie sind auf der Basis der Erklärungen formuliert, die der Präsident unseres Landes abgegeben hat (...). Wir sind bereit zu einer sachlichen Arbeit bei Schlüsselfragen, die sowohl die Völker unserer Länder als auch die gesamte internationale Öffentlichkeit bewegen“, so die Außenamtssprecherin.

Ihren Worten zufolge seien die konkreten Vorschläge Russlands „ein weiterer Beweis und ein weiteres Faktum zugunsten dessen, dass wir tatsächlich zu einer sachlichen Arbeit bereit sind – ungeachtet von Differenzen, darunter auch von prinzipiellen und nicht nur momentanen und zeitweiligen“.

Am Mittwoch hatte die Beraterin des US-Außenministers, Karen Donfried, mit dem stellvertretenden russischen Außenminister Sergej Rjabkow und dem stellvertretenden Chef der Administration des russischen Präsidenten, Dmitri Kosak, in Moskau verhandelt. Wie das russische Außenministerium mitteilte „hat eine eingehende Erörterung der Problematik der Sicherheitsgarantien im Hinblick auf die anhaltenden Versuche der USA und der Nato stattgefunden, die militärpolitische Situation in Europa zu ihren Gunsten zu ändern“.

Wie Donfried nach dem Treffen sagte, wird sie die in Moskau ausgesprochenen Vorschläge zu Sicherheitsgarantien an Washington und die Verbündeten in Europa weitergeben.

Der Berater des russischen Präsidenten, Juri Uschakow, teilte gegenüber Journalisten mit, dass Rjabkow Russland bei weiteren Verhandlungen mit den USA über Sicherheitsgarantien vertreten werde.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/04/10/1741786\\_0:44:2730:1580\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_233998\\_e07209c66db1e40d1674c1e381.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/04/10/1741786_0:44:2730:1580_1920x0_80_0_0_233998_e07209c66db1e40d1674c1e381.jpg)

### Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: **Stellungnahme der Außenministerin Natalja Nikonorowa**

Gestern hat der Koordinator der Kontaktgruppe Herr Kinnunen allen Mitgliedern eine **weitere Version des Entwurfs einer Erklärung des Kontaktgruppe der ukrainischen Seite**

zugesandt und vorgeschlagen, am 17. Dezember eine außerordentliche Sitzung einzuberufen. Nachdem wir die eingereichte Version aufmerksam studiert haben, sind wir gezwungen festzustellen, dass wir **im Text absolut nichts Neues** entdeckt haben: Der „neue“ Entwurf der Erklärung unterscheidet sich in Bezug auf die wichtigsten, prinzipiellen Fragen, die wir in unsere Ausgangsvorschläge eingebracht hatten, nicht vom vorhergehenden.

Hauptstein des Anstoßes bleibt unsere direkte Zusammenarbeit mit der Ukraine zum Zweck einer operativen Verhütung von Verletzungen des Waffenstillstands über das GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung (Kiew, Donezk, Lugansk). Indem sie sich von dieser zu Beginn vereinbarten Idee lossagen, haben die Vertreter Kiews einen absolut **unrealistischen und nicht lebensfähigen Vorschlag eingebracht, innerhalb eines Tages, die derzeitige Zusammensetzung des GZKK grundsätzlich zu verändern**, indem Vertreter der OSZE und des Normandie-Quartetts in Gestalt von Frankreich, Deutschland und Russland dort aufgenommen werden, unter anderem zur Wahrnehmung von Funktionen eines „dritten Richters“ zur „Verifikation“ von Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung.

Dabei kann Kiew auf unsere begründete Anmerkung, dass eine solche „Reform“ vollständig die vorrangige Aufgabe des GZKK – die direkte Zusammenarbeit der kämpfenden Seiten vor Ort zur operativen Beendigung von Verstößen und zur Verhütung des Entstehens neuer – ins Nichts führt, nichts irgendwie Logisches und Begründetes antworten.

Außerdem bleibt die Frage der Rücknahme der zuvor gemachten öffentlichen Erklärungen des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte, dass den Soldaten erlaubt ist, das Feuer vor Ort ohne Abstimmung zu eröffnen und Kampfdrohnen einzusetzen, was den Forderungen der von der Ukraine unterzeichneten Maßnahmen zur Verstärkung des Waffenstillstands vom 22. Juli 2020 vollständig widerspricht.

Außerdem wird bereits seit mehr als zwei Monaten ein Beobachter der LVR im GZKK gesetzwidrig festgehalten, dessen Freilassung eine Art Geste des politischen Willens des offiziellen Kiew im Kontext der Umsetzung seiner Verpflichtungen sein könnten und als Beweis für die realen Friedensabsichten der ukrainischen Seite dienen könnte, die sie so provokant und nachdrücklich in den Verhandlungen deklarieren und wenn es ihnen passt auch im öffentlichen Raum.

Es ist völlig offensichtlich, dass alle diese „neuen Initiativen“ schon bei der außerordentlichen

Sitzung der Kontaktgruppe erörtert wurden. Im Lichte der vorhandenen Positionen der Ukraine sind wir zutiefst davon überzeugt, dass es keinerlei Sinn hat, ein Treffen um eines Treffens Willen und zur Befriedigung der Gier Kiews nach Schaffung von Effekten eifriger Aktivität durchzuführen. Aber wir erwarten dennoch, dass von der ukrainischen Seite entweder Vorschläge mit einem realistischeren Herangehen an die vorhandenen Probleme eingehen oder sie ihren Willen zeigt, die ursprünglichen konkreten Vorschläge der Republiken zu behandeln.

*(Eine vergleichbare Erklärung wurde auch vom Außenminister der LVR Wladislaw Dejnego abgegeben; Anm. d. Übers).*

### de.rt.com: **Karsai spricht über Fall von Kabul: Taliban waren bereit für Gespräche mit Ghani**

Erstmals sprach der ehemalige afghanische Präsident Karsai im Detail über die letzten Tage der vom Westen unterstützten Regierung von Aschraf Ghani. Die Taliban seien bereit gewesen für Gespräche mit diesem über eine Aufteilung der Macht, aber Ghani sei aus Kabul geflohen. Der ehemalige afghanische Präsident Hamid Karsai hat erklärt, dass die Taliban Kabul im August dieses Jahres nicht mit Gewalt eingenommen hätten, sondern in die afghanische Hauptstadt eingeladen worden seien. Nach eigenen Angaben habe er diese Einladung selbst ausgesprochen.

Dieser Schritt sei die einzige Möglichkeit gewesen, um die Bevölkerung zu schützen und zu verhindern, dass das Land im Chaos versinkt und "unerwünschte Elemente" Plünderungen begehen, betonte Karsai in einem Interview mit AP am 15. Dezember.

Der 63-Jährige, der zwischen 2001 und 2014 afghanischer Präsident war, ist nach wie vor eine sehr einflussreiche Figur im Land.

Im August, nachdem die Taliban innerhalb weniger Wochen durch Afghanistan gefegt waren und sich Kabul näherten, wobei sie den Abzug der US-Streitkräfte nach zwei Jahrzehnten Präsenz im Land ausnutzten, beteiligte sich Karsai an den Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konfliktes in Form einer Aufteilung der Macht zwischen der radikalen Taliban und der Regierung von Aschraf Ghani.

Er betonte, dass am 14. August ein Friedensabkommen in Aussicht gestanden habe. Präsident Ghani habe sich bereit erklärt, am nächsten Tag in die katarische Hauptstadt Doha zu reisen, um sich dort mit Vertretern der Taliban zu treffen.

Am 15. August seien die Spannungen in Kabul sehr groß gewesen, da die Bevölkerung eine Erstürmung der Hauptstadt befürchtete. Karsai erklärte, die Taliban hätten ihn am Morgen angerufen und ihm mitgeteilt, dass "die Regierung auf ihren Positionen bleiben und sich nicht bewegen solle, da sie nicht die Absicht hätten, in die Stadt einzudringen."

Regierungsvertreter hätten ihm dann auch versichert, dass das Militär die Stadt verteidigen wolle und dass "Kabul nicht fallen werde", fügte er hinzu.

Die Situation habe sich jedoch drastisch geändert, als gegen 14:45 Uhr klar wurde, dass Ghani und seine führenden Kabinettsmitglieder aus Kabul geflohen waren, so Karsai.

Ghani, dem vorgeworfen wird, bei seiner Flucht große Mengen an Bargeld erbeutet zu haben, hält sich derzeit in den Vereinigten Arabischen Emiraten auf.

Karsai erklärte:

"Es war kein einziger Beamter in der Hauptstadt anwesend, kein Polizeichef, kein Korpskommandeur, keine anderen Einheiten. Sie waren alle weg."

Die Taliban hätten Karsai als ehemaligem Präsidenten angeboten, in den Palast zu kommen und selbst die Rolle des Präsidenten zu übernehmen. Allerdings habe er abgelehnt, da es seiner Ansicht nach dafür keine rechtliche Grundlage gegeben habe.

Stattdessen entschied sich der ehemalige Präsident, eine Fernsehansprache von seinem Anwesen in Kabul aus zu halten, mit seinen Kindern an seiner Seite, "damit das afghanische Volk weiß, dass wir alle hier sind."

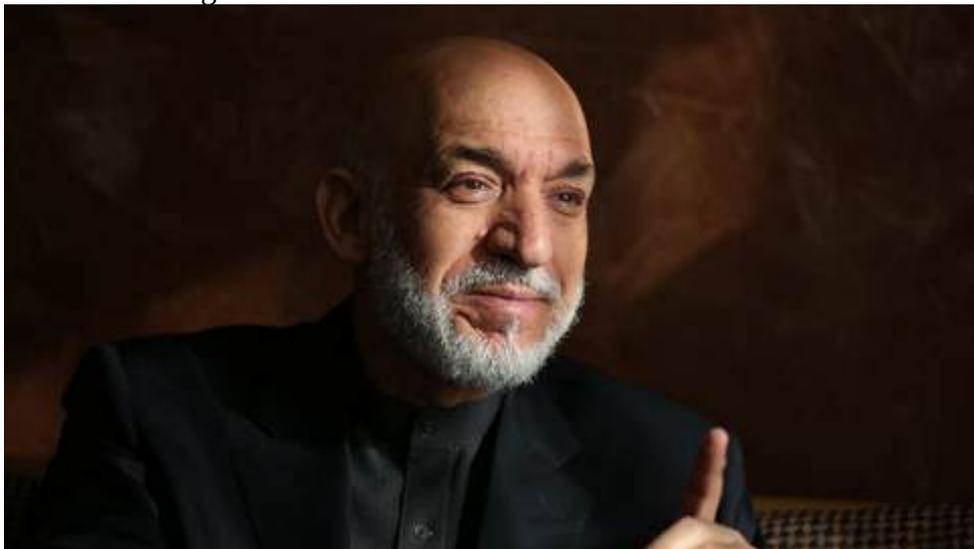
Ohne Ghani's überstürzten Schritt wäre das Friedensabkommen "auf jeden Fall" unterzeichnet worden, betonte der afghanische Politikveteran.

"Ich glaube, dass die Taliban-Führer in Doha ebenfalls auf uns gewartet haben, mit dem gleichen Ziel, mit dem gleichen Zweck."

Doch nun haben die Taliban allein das Sagen in Afghanistan. Karsai erklärte, er habe sich in den letzten vier Monaten regelmäßig mit Vertretern der Miliz getroffen.

Als er gebeten wurde, die Taliban zu beschreiben, sagte er, sie seien "Afghanen, aber Afghanen, die eine sehr schwierige Zeit in ihrem Leben durchgemacht haben, wie alle anderen Afghanen in den letzten 40 Jahren auch."

Der Ex-Präsident rief die internationale Gemeinschaft auf, sich mit der neuen Regierung auseinanderzusetzen, damit die Probleme Afghanistans gelöst werden könnten. Karsai drängte zudem auf Einigkeit innerhalb des Landes.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bb42af48fbef4be30dca73.jpeg>

snanews.de: **Nach Tiergartenmord-Urteil: Moskau spricht von „politischem Auftrag“**

Der Schuldspruch eines Gerichts in Berlin gegen einen russischen Staatsbürger im sogenannten Tiergartenmord-Prozess sei der Natur nach ein offensichtlicher politischer Auftrag, teilte das russische Außenministerium am Donnerstag mit.

Die Behörde halte das Urteil, wonach der russische Bürger Wadim Sokolow des Mordes an dem georgischen Staatsbürger Selimchan Changoschwili, einem ehemaligen Anführer des terroristischen Untergrundes im Nordkaukasus, schuldig gesprochen wurde, für äußerst voreingenommen, hieß es in der Mitteilung.

„Wir bestehen auf der Unschuld unseres Bürgers, dem das Recht vorbehalten bleibt, gegen das gegen ihn gefällte ungerechte Urteil eine Berufung bei dem Obersten Gerichtshof der Bundesrepublik Deutschland einzulegen“, so die Behörde in Moskau.

Die Vorwürfe der Beteiligung russischer Staatsstellen an der Ermordung von Changoschwili seien unbegründet und völlig realitätsfremd. Diese Anschuldigungen seien mit Unterstützung von ausländischen Geheimdiensten und der mit ihnen verbundenen Strukturen entwickelt worden, hieß es weiter..

Die in der russischen Botschaft in Deutschland tätigen Diplomaten, welche nach der Urteilsverkündung von Berlin zu „unerwünschten Personen“ erklärt worden seien, hätten mit dem Fall Changoschwili nichts zu tun, was den deutschen Behörden gut bekannt sei. Das Urteil sei ein Anlass für ein weiteres unfreundliches Vorgehen gegenüber Russland gewesen. Das Berliner Kammergericht hat am Mittwoch den 56-jährigen Russen Wadim Sokolow (Krasikow) des Mordes an Selimchan Changoschwili schuldig gesprochen und ihn zu einer lebenslangen Haft verurteilt. Die Staatsanwaltschaft, welche einen Mord auf Anweisung „von

staatlichen Stellen der Regierung der Russischen Föderation“ vermutete, forderte für den Angeklagten eine lebenslange Freiheitsstrafe. Die Verteidigung bestand ihrerseits darauf, dass die Beweisgrundlage unzureichend sei. Die Entscheidung über die Berufung sei bisher noch nicht getroffen worden.

Daraufhin erklärte die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock in Berlin, dass zwei Mitarbeiter der russischen Botschaft in Deutschland zu „unerwünschten Personen“ erklärt worden seien. Dies sei eine „Konsequenz“ aus dem Urteil im Tiergartenmord-Prozess. Der russische Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, sei außerdem einbestellt worden. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gab danach in ihrem Telegram-Kanal bekannt, dass Moskau den Schritt nicht „ohne eine angemessene Antwort“ lassen werde.

### **Hintergrund**

Im August 2019 wurde der 40-jährige Changoschwili im Berliner Tiergarten erschossen. Der Verdächtige ist der russische Staatsbürger Wadim Sokolow. Sein bürgerlicher Name ist den deutschen Ermittlungen zufolge Wadim Krasikow. Der mutmaßliche Killer soll mit einem Fahrrad an Changoschwili herangefahren sein und ihn aus einer Pistole Glock 26 mit einem Schalldämpfer erschossen haben. Er starb auf der Stelle. Die Anhörungen zu diesem Fall begannen 2020 in Berlin.

Changoschwili soll nach Informationen der russischen Sicherheitsbehörden an der Vorbereitung der Terroranschläge in der Moskauer U-Bahn und in der Schule von Beslan im Jahr 2004 beteiligt gewesen sein. Seine Auslieferung hatte Deutschland informell abgelehnt. Bei einem Bombenanschlag auf eine voll besetzte U-Bahn in Moskau seien nach offiziellen Angaben 2004 über 40 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt worden. Bei der Geiselnahme in einer Schule in Beslan gab es über 300 Tote und mehr als 780 Verletzte.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/10/4713202\\_0:423:2885:2045\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_eb981768e47e6df1d0176f71b178e780.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/10/4713202_0:423:2885:2045_1920x0_80_0_0_eb981768e47e6df1d0176f71b178e780.jpg)

### **de.rt.com: FDP-Sprecher bezeichnet TV-Kanal von RT DE als "Piratensender der Demokratie-Feinde"**

Der medienpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion hat den neuen TV-Kanal von RT DE als "Piratensender" und deren Macher als "Demokratie-Feinde" bezeichnet. Die Äußerungen stehen vor dem Hintergrund der Löschung des YouTube-Kanals des neuen TV-Senders kurz nach Sendestart.

Der medienpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Thomas Hacker hat sich vor dem Hintergrund der YouTube-Löschung des TV-Kanals von RT DE gegenüber dem Boulevardblatt Bild offen diffamierend über den neuen Fernsehsender geäußert. Dieser sei ein "Piratensender der Demokratie-Feinde". Wortwörtlich sagte er:

"Zurecht haben Medienanstalt und YouTube dem Piratensender der Demokratie-Feinde und Querdenker sofort den Stecker gezogen. Dieser wiederholte Umgehungsversuch europäischer und nationaler Gesetze unterstreicht die Gefahr dieses selbsternannten TV-Senders und erfordert Handeln auf allen Ebenen."

Der Sendestar des "Kreml-Kanals" sei ein "unverhohlener Affront gegen unser geltendes Recht und bewährte Medienpolitik", so Hacker. Der FDP-Medienzuständige sieht es somit offenbar weder als widersprüchlich und problematisch an, dass andere ausländische Sender derlei Beeinträchtigungen nicht ausgesetzt sind, noch dass etwa die Deutsche Welle in Russland keinen vergleichbaren Beschränkungen unterliegt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bb4efa48fbef422862b11d.jpg>